



Offensive

Amerika, Türkei im Syrienkrieg, Europa

Kurden

Schwach war Präsident Trump gegen seinen Amtskollegen Erdoğan. Was Ankara als Blitzaktion in der Schutzzone von Ras al-Ain bis Tall Abyad zur (Zwangs-)Umsiedlung von 2 Mio. Syrern aus der Türkei und zur Abdrängung von Kurden umsetzt, rüttelt am **Kartenhaus**. Soll da gar die **EU** helfen, die Ankara €3 Md. zusagte, aber allein 0,5 Md. zahlte? Sie will dies nicht, hat aber zu wenig Gegenkraft. Ihr baldiger Chefdiplomat Borell erklärte, „wieder die Machtsprache zu erlernen“. Seit dem Start der Offensive am 9. Oktober folgt heftige Kritik. Zwar sagte Trump, den Angriff als „schlechte Idee“ *nicht* bejaht zu haben. Doch wirkte der Abzug von 50 Amerikanern – wie ein grünes Signal.

Handele Erdoğan inhuman, ergingen laut Trump Sanktionen, der sinnlosen Kriegen entrinnen will. Dafür sei er gewählt worden. Doch Erdoğan massiv Araber in **Kurdenzonen** treiben zu lassen, bringt viel Streit, sogar in Präsident Putins Westasien-Troika, denn er und Iran halten zu al-Asad. Zudem mag der **IS** wieder auferstehen; und **al-Qaida** nicht minder.

Eine Boykottresolution entsteht im Kongress. Zwar erbat Trump von Erdoğan, Zivilisten zu schützen und zu sichern, dass nicht dem IS geholfen werde. Jedoch mögen Gesetzgeber wie Lindsey Graham nicht Kurden den Türken überlassen. Vermögen in Amerika könnten blockiert werden: Erdoğan, sein Vize und sechs Minister sowie die Militärhilfe samt Visa. Dabei sollte Erdoğan im November das Weiße Haus besuchen. **Trump** bejahte Sanktionen. Finanzminister Mnuchin verkündete am 11. Oktober, Trump habe seine Order vorbereitet.

Stets will Trump Kriege verlassen, muss nun mit 3.000 Mann **Saudi-Arabien** helfen. Er betonte bereits am 26. Dezember, das IS-Kalifat sei fast zerstört, Amerika wäre nicht der Weltpolizist. Gibt er seine kurdischen SDF-Alliierten preis? Erdoğan droht, 3,6 Mio. Syrer nach Europa zu lassen. Angela Merkels Türkei-Pakt vom 18. März 2016 gab Ankara Hebel gegen Berlin samt EU. Präsident Erdoğan benutzt dies. Trump möge mit **Alliierten** agieren, die wie Berlin und Amsterdam sagten, Landsleute unter 2.000 IS-Jihadisten aufzunehmen. Er tweetete am 10. Oktober drei Wege: Truppen zurück für Militärsieg, Sanktionen gegen Ankara oder Türkei-Kurden-Deal. Eröffnet dies am Ende ein staatlich sicheres Kurdistan?

Stopp Offensive

Es gibt hunderte Tote, mehr als 100.000 Einwohner flüchten. Die EU prüft, Sanktionen zu verhängen. Nato-Chef Stoltenberg verlangt Zurückhaltung von der Türkei. Er habe ernste Bedenken für eine Destabilisierung des Raumes. US-Verteidigungsminister Esper hat laut Pentagon am 11. Oktober im Telefonat mit seinem türkischen Amtskollegen Akar gefordert, diese Militäroffensive zu stoppen. Diese gefährde bisherige Fortschritte der Koalition gegen den IS. Nach einem türkischen Angriff brachen kurdischen Angaben nach fünf IS-Anhänger aus einem Gefängnis in der Stadt Qamishli aus. Ankara verlangt jetzt von Nato-Partnern Solidarität, so Außenminister Cavusoglu vor Medien mit Jens Stoltenberg. Indes geht Ankara auch gegen innere Kritiker der Offensive vor, die diese eine Invasion nennen.

IHS Conflict Monitor, WSI

Areas of control in Syria, Oct. 7
 Syrian government Opposition forces
 Kurdish forces and allies
 Turkish army/opposition forces



Source: Conflict Monitor by IHS Markit

Kraftprobe

Angestrengt wirkt Trump, seitdem Sprecherin Pelosi am 24. September eine Impeachment-Untersuchung anschob. Die Hausminorität beklagt die unfaire Art, nicht dieselben Rechte wie die Mehrheit auszuüben. Trump will kooperieren, wenn dies durch Wahl dazu im Haus behoben ist. So mag die Minderheit Zeugen vorladen mit gleichen Redezeiten und Rechten auf Publizität. Der Präsident tat seine Ansicht am 8. Oktober in einem Brief dar. Die Wahl im Haus gefährdet die 2020 Wiederwahl von Vertretern aus Bezirken, die Trump gewann.

Trumps [Seiten](#) meinen, Amtsenthebung soll kurz vor [Wahlen](#) vorige Wahlen rückgängig oder ihn unwählbar machen. Der [Hinweisgeber](#) sei ein Informant, der hinter Schutzprozeduren agiere. Elizabeth Warren wurde #1 im Präsidentialrennen, obzwar ihre finale Wahl unrealistisch ist, und Joe Biden sackt ab. Er steht im [Fokus](#), mag anstehende [Recherchen](#) und Inspektoren-Berichte nicht unbeschadet überdauern. Es wird ein hartes Tauziehen werden.

Lichtblick der Teileinigung

Am 11. Oktober traten Chinas Vizepremier Liu He und Präsident Trump vor Medien. Phase eins des Handelsabkommens scheint wesentlich abgeschlossen zu sein und könnte von den beiden Präsidenten auf einem möglichen Treffen Mitte November in Chile unterzeichnet werden. Nachdem Trump am 7. Oktober sowohl das Handels- als auch das Digitalabkommen mit Japan unterschrieb, ist nun nach anderthalb Jahren und seinem Stopp der angesagten Zollerhöhung (um 5 auf 30%) der Vertrag zur Verschriftlichung reif. Es geht nicht nur um \$50 Md. Agrarprodukte (fast Verzehnfachung), sondern Devisenhandel, intellektuelles Eigentum und Finanzdienstleistungen, wo sich China erstmals öffnete. Phase zwei soll danach starten. Handelskrieg zu Ende? Fast, meinte Trump, zumal ihm Präsident Xi in einem [Brief](#) antrag, ihre Differenzen abzutun sowie Beziehungen in die richtige Bahn zu bringen.

Terror in Sachsen-Anhalt

Halles Jüdische Gemeinde entging am 9. Oktober nur knapp einem Anschlag, wo am jüdischen Feiertag Jom Kippur 51 Menschen weilten. Zum Glück konnte der Angreifer nicht die Tür aufbrechen. Aber er ermordete zwei Passanten und übertrug alles per Helmkamera live im Web. So wollte er seine selbstgebaute Waffe bewerben, andere zu rechtsextremer Judenfeindschaft anhalten. Stephan B. plante in jener Synagoge ein Massaker. Sein Auto barg einige Sprengsätze. Hatte er Komplizen, warum war jene Synagoge unbewacht?

Foto BR/Schacht Jüdische Gemeinde Halle



Innenminister Seehofer spricht von "hoher Bedrohungslage" durch Antisemitismus. Etwa 24.000 Rechtsextreme gebe es, die Hälfte gewaltbereit. Worten sollen Taten folgen: bessere Sicherung von Synagogen, Aktion im Internet und massive personelle, organisatorische Aufstockung von Bundeskriminalamt und Verfassungsschutz. Eine [ARD](#)-Moderatorin verwies auf 700 islamistische Gefährder. Darauf der Minister: Man müsse so gut werden wie bei der Bekämpfung des islamistischen Terrors. Man solle nicht vom Einzeltäter reden. Er sei bei der Tat allein gewesen, habe sich jedoch massiv Waffen und Sprengmittel besorgt.

Viele, so jene Moderatorin, geben der AfD Mitschuld, "geistige Brandstifter". Dazu Seehofer: Es gehe um einzelne Reden, um einzelne Leute, die eine Sprache benutzen, die solche Täter vielleicht ermuntere. Hierbei müsse die Partei klar sagen: Damit nichts zu tun zu haben. – In Berlin trat ein Syrer mit Messer vor einer Synagoge auf, rief „Allah ist groß“. Angela Merkel weilte vor der Berliner [Synagoge](#) Oranienburger Straße und bekundete ihre Trauer: man möge den Anfängen wehren.

[Wolfgang G. Schwanitz](#)